

Forschungsleitfrage: Welche Auswirkungen anderer Fachpolitiken (Wirtschaft, Sozial, Steuer, ...) bewirken oder beschleunigen eine rückläufige Entwicklung in den Städten?

Die Pilotstädte im ExWoSt-Forschungsfeld Stadtumbau West repräsentieren sehr unterschiedliche Stadt- und Gemeindetypen. Die Einwohnerzahl der Großstadt Essen mit ca. 580.000 Bewohnern bis zur Landgemeinde Wildflecken mit 3.500 Einwohnern spiegelt dabei nur einen Aspekt dieser Heterogenität wider. Entsprechend dieser Heterogenität unterscheiden sich auch die Auswirkungen von Fachpolitiken auf rückläufige Entwicklungen:

Wohnungspolitik: Die langjährige Wohneigentumsförderung des Bundes ohne Standortdifferenzierung und mit einer Bevorteilung des Neubaus hat in Kombination mit der Pendlerpauschale in häufig von Umweltbelastungen besonders betroffenen Altindustriestädten die Bewohnerabwanderung befördert. Die zurückliegende Praxis der räumlich konzentrierten Wohnungsbauförderung hat in manchen Quartieren Imageschäden mit nachfolgenden Vermarktungsproblemen verursacht, und die Fehlbelegungsabgabe hat wichtige stabilisierende Haushalte aus den Quartieren vertrieben. Die kommunale Belegungspolitik hat in einigen Quartieren die Problemlage verschärft.

Sozialpolitik: In Folge der durch die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zu Hartz IV gekennzeichneten neuen Sozialgesetzgebung stellen aktuell großzügige Wohnungszuschüsse mit Flächenüberschreitungen (Wohnfläche pro Mieter) und Unterbelegungen (Zimmerzahl pro Haushalt) Problemstellungen dar, die zur Abwanderung von Haushalten aus spezifischen Wohnungsbeständen führen.

Verteidigungspolitik: Die Reduzierung der Streitkräfte und ihrer Standorte hat in mehreren Pilotstädten zu Einwohner- und Arbeitsplatzrückgängen, Kaufkraftverlusten sowie zur Entstehung von Militärbrachen und Überangeboten an Wohnungen geführt.

Gesundheitspolitik: Die Einschränkung von Regelleistungen bei Kuren und Rehabilitationsmaßnahmen hat in Kurorten zur Schließung von Einrichtungen, zum Verlust von Arbeitsplätzen und zu daraus folgenden Einwohnerverlusten geführt.

Integrations- und Zuwanderungspolitik: Der Zuzug insbesondere von Aussiedlern, die entsprechend eines Verteilungsschlüssels auf Kommunen verteilt wurden, hat in den 1990er Jahren die Bevölkerungsverluste aufgrund von Sterbeüberschüssen in mancher ländlichen Gemeinde kompensiert. Seit dem deutlichen Rückgang des Zuzugs von Aussiedlern werden jetzt die Bevölkerungsverluste sichtbar.

Finanzpolitik des Bundes und der Länder: Das Kommunalfinanzierungssystem benachteiligt Strukturkrisen-Städte mit unter: Aufgrund der wirtschaftlichen Strukturkrisen bleiben wichtige Gewerbesteuererinnahmen aus und durch die Einwohnerverluste geht den Städten die so genannte „Einwohnerveredelung“ im Finanzausgleich¹ verloren. Diese Benachteiligung wird noch verstärkt, wenn Kommunen hohe Leistungen aus den sozialen Sicherungssystemen erbringen müssen.

(Verkehrs)Infrastrukturpolitik: Die (Verkehrs)Infrastrukturpolitik konzentriert sich vielfach auf Großstadregionen und wichtige großräumige Verbindungskorridore. Peripher gelegene Industriestädte wie z. B. Albstadt, Pirmasens oder Selb leiden daher unter suboptimaler Anbindung an das überregionale Verkehrsnetz und dem Rückzug der Bahn aus der Fläche.

¹ Der kommunale Finanzausgleich (KFA) beruht auf einem Landesgesetz, das je nach Land "Finanzausgleichsgesetz" oder "Gemeindefinanzierungsgesetz" heißt. Der jeweiligen Steuerkraft der Kommunen, die sich aus den Steuereinnahmen pro Kopf ergibt, wird ein Finanzbedarf gegenübergestellt. In den meisten Flächenländern werden die Gemeinden dabei in Größenklassen eingeteilt; bei größeren Gemeinden wird i. d. R. die Einwohnerzahl mit einem Faktor rechnerisch erhöht ("Einwohnerveredelung") in der Annahme, dass größere Gemeinden überproportional höhere Infrastrukturkosten haben und Leistungen auch für das Umland bereitstellen.